

in Arbeit!

Politische Partizipation von Zugewanderten in Vorarlberg

eine Veranstaltung von okay.zusammen leben/Verein Aktion Mitarbeit

8. Juni 2026, vorarlberg museum

mit Unterstützung von



Ablauf

- Begrüßung und **Einführung ins Thema**, Eva Grabherr
- Politische Partizipation von Zugewanderten mit Fokus auf die **Vorarlberger Landtagswahlen 2019 und 2024**, Caroline Manahl
- **Vorstellung des Programms „Diversify“** der Deutschlandstiftung Integration, Yonca Dege
- Pause (ca. 16 Uhr)
- Erfahrungen bei der **Förderung der politischen Repräsentation von Frauen** in Vorarlberg, Gespräch mit Eva Häfele
- Austausch
- Ausklang mit Apéro (17:15 Uhr)

Politische Partizipation von Zugewanderten in Vorarlberg ab den 1990er-Jahren

Pressure-Groups für die Öffnung der etablierten Parteien:
Ethnische Listen, AK-Liste der Grünen

- Die **AK-Wahlen von 1999** als „Katalysator-Ereignis“ für die politische Partizipation von Zugewanderten und ihren Nachkommen (insbesondere der „Gastarbeitermigration“) in Vorarlberg.
- „Gemeinsam .../Grüne GewerkschafterInnen“ nahmen 5 türkische Kandidaten ohne österreichischen Pass auf ihre Liste - Untersagung und Klage - führte 2006 zur Novellierung des ö. Arbeiterkammergesetzes. Seither sind in Ö. Angehörige aller Staaten bei AK-Wahlen aktiv wie passiv wahlberechtigt. (Seit 2014 auch bei den WK- und ÖH-Wahlen.)

Politische Partizipation von Zugewanderten in Vorarlberg ab den 1990er-Jahren

- Ebenfalls 1999 - bei den Vorarlberger AK-Wahlen: die Fraktion NBZ (Neue Bewegung für die Zukunft), 1998 gegründet, eine Liste überwiegend türkischstämmiger Vorarlberger*innen, tritt an und erreichte aus dem Stand 7 % der Stimmen.
- **Wichtige Veränderungen durch den EU-Beitritt Österreichs 1995:** Politische Partizipation - wählen können und gewählt werden können - öffnet sich in ersten Stufen für nicht-österreichische Staatsbürger*innen. (EU-Bürger*innen können sich kommunal beteiligen; bei den AK-Wahlen greift das Assoziierungsabkommen EU/Türkei mit seinem umfassenden Diskriminierungsverbot.)

Weitere Entwicklungen nach 1999

Öffnungsprozesse:

- Die **politischen Listen der Migrant*innen**, die aus der AK-Wahl 1999 hervorgingen, versuchen sich auf **anderen politischen Ebenen**: Landtagswahlen und Kommunalwahlen.
- Keine dieser Listen erreichte einen Einzug in den Landtag; bei den Gemeinderatswahlen 2020 gewann HAK (Heimat aller Kulturen) - eine Abspaltung von der AK-Fraktion NBZ - Mandate in einigen Gemeinden und Städten.
- 2009 wurde die **erste türkischstämmige Vorarlbergerin als Landtagsabgeordnete angelobt**: sie gelangte über ein Mandat der Grünen in den Landtag.
- 2015 schrieb die VN im Vorfeld der Gemeindewahlen, dass **„auf den Listen von praktisch allen großen Fraktionen Kandidaten mit Migrationshintergrund zu finden“** seien.

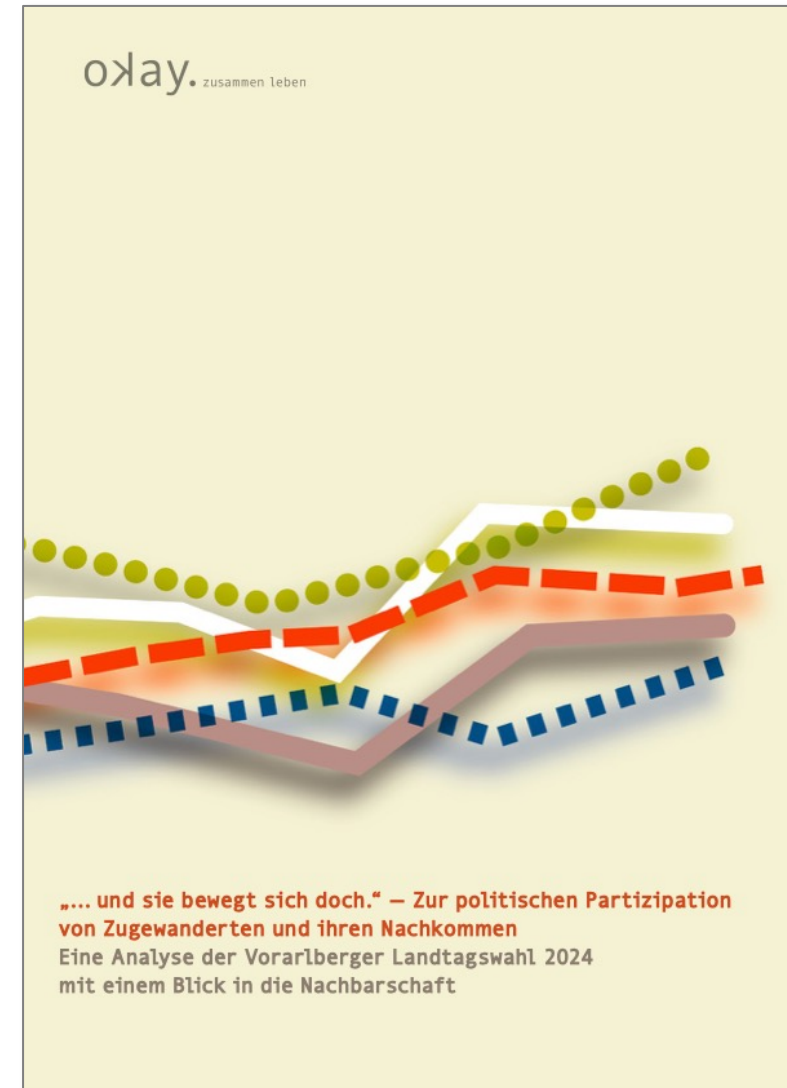
Dynamik und Verlauf der Entwicklung

- „Parallelgesellschaftsdebatten“ - beim Antreten der migrantisch geprägten Listen bei AK-, Landtags- und Gemeindewahlen - insbesondere in den 00er-Jahren. Zunächst **Gegenwehr**, bald auch pragmatische **Kooperation**.
- „**Normalisierung**“: bereits bei der Vorarlberger AK-Wahl 2004 unterstützte die NBZ die Wahl des AK-Präsidenten der ÖVP-nahen Liste ÖAAB-FCG.
- „Parallelgesellschaftsdebatte“ **nimmt ab**; eventuell auch wegen begrenztem Erfolg der ethnischen Listen (v.a. außerhalb der AK). **Öffnung der politischen Listen für Zugewanderte nimmt an Fahrt auf**.
- **Entwicklung belegt „Integrationsparadox“**: strukturelle und emotionale Integration der Zugewanderten führt zu Mitsprache-Begehren/Sichtbarkeitsbegehren, was wiederum Konflikte in der aufnehmenden Gesellschaft auslöst.

Politische Partizipation von Zugewanderten mit Fokus auf die Vorarlberger Landtagswahlen 2019 und 2024

Caroline Manahl

Das Monitoring zur politischen Partizipation von Zugewanderten von okay.zusammen leben



Die Idee dahinter?

- Monitoring einer **zentralen Form der politischen Beteiligung**: Mitgestaltung in gewählten politischen Gremien, als Repräsentant*in der Wähler*innen
- Als Indikator für **Etablierungsprozesse von Zugewanderten** und ihren Nachkommen („strukturelle Integration“) und als Hinweis auf **Öffnungsprozesse von Institutionen** für gesellschaftliche Vielfalt.

Leitfragen & Datenquellen

Leitfragen der Analyse

- Haben Personen mit Migrationshintergrund bei den Wahlen kandidiert?
- Sind diese Personen in politische Gremien (in den Vorarlberger Landtag, in die Gemeinde- und Stadtvertretungen, in die Vollversammlung der Arbeiterkammer) gelangt?

Welche Datenquellen?

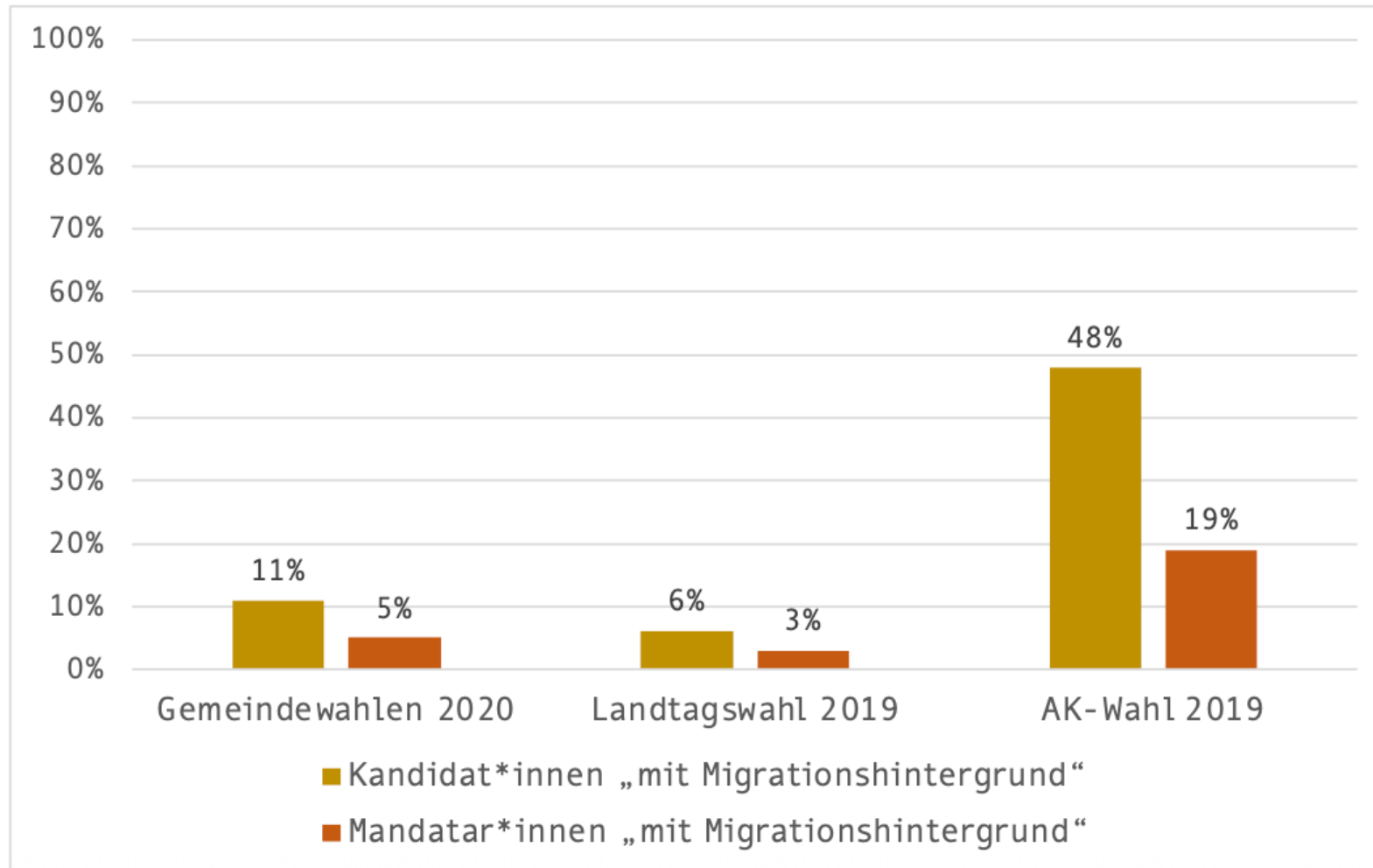
- Listen der Kandidat*innen
- Listen zur Zusammensetzung der politischen Gremien bzw. zur Übernahme bestimmter Funktionen (Mandatar*innen, Landtagspräsidium, Ausschussvorsitzende, usw.) nach den Wahlen

Personen „mit Migrationshintergrund“ in den Analysen

Ziel war: **Vollerhebung** (also alle Kandidat*innen und Mandatsträger*innen einbeziehen) > mit den Daten arbeiten, die zu allen Kandidierenden zugänglich sind:

- 1) Informationen, die den Wahlbehörden zu den Kandidierenden vorliegen. Bei den Landtagswahlen in Hinblick auf Migrationshintergrund relevant: **Geburtsland (erste Generation)**; bei den Gemeindewahlen und der AK-Wahl auch die Staatsangehörigkeit.
- 2) **Namenkundliches (onomastisches) Verfahren**: bosnische, kroatische, serbische oder türkische Nachnamen > **die Nachkommen wesentlicher Zuwanderungsgruppen** der letzten Jahrzehnte einbeziehen.

Die Erkenntnisse zu den Gemeindewahlen 2020, der Landtagswahl 2019 und der AK-Wahl 2019



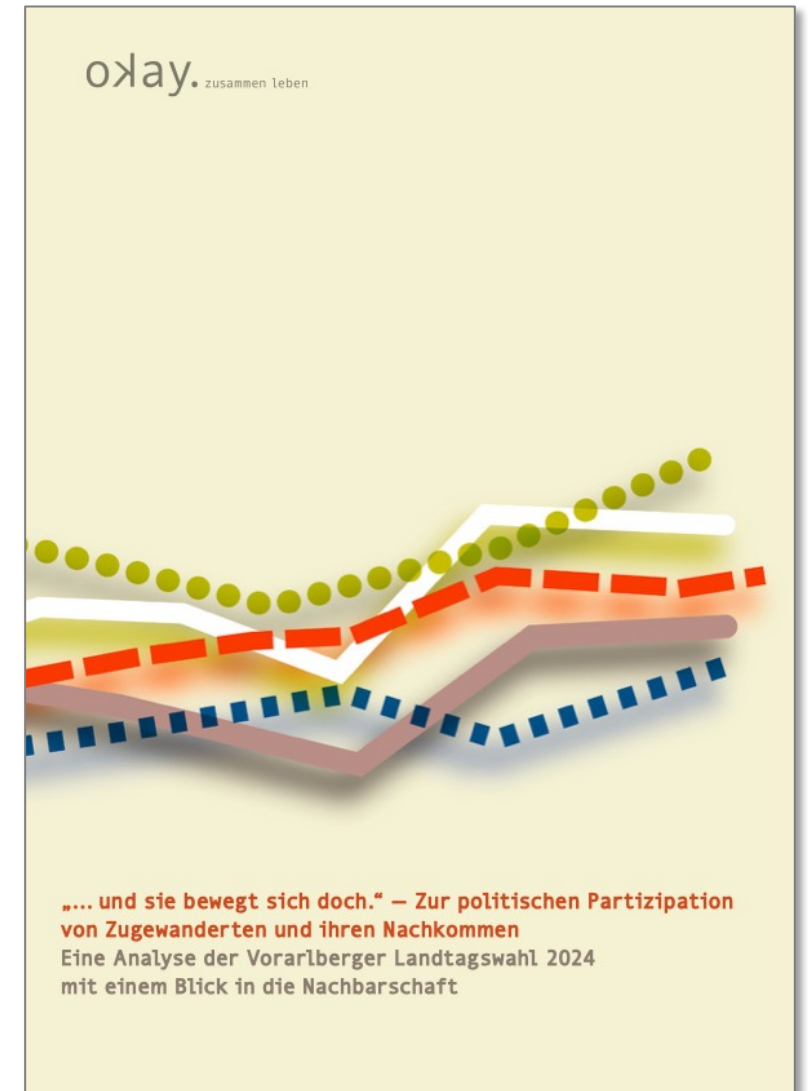
Referenzwerte zur
Diversität der
Bevölkerung in VlbG:

21 % der Bevölkerung im
Ausland geboren

10 % der Bevölkerung mit
Bezug zur Türkei

6 % der Bevölkerung mit
Bezug zum früheren
Jugoslawien

Die Vorarlberger Landtagswahl 2024 und die Veränderungen im Vergleich zur Wahl 2019

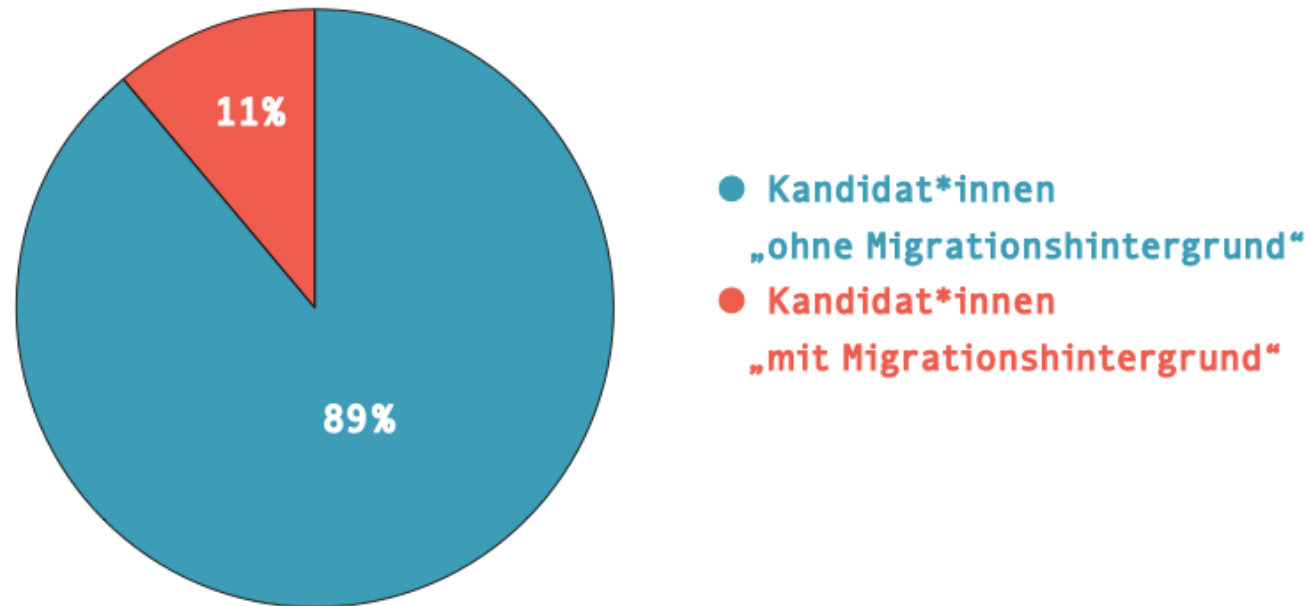


Kandidierende bei der Landtagswahl 2024

- 9 Listen mit insgesamt 390 Kandidat*innen
- Davon hatten **44 Personen (11 %)** einen Migrationshintergrund – also den Geburtsort im Ausland und/oder einen türkischen, bosnischen, kroatischen oder serbischen Nachnamen.
 - Häufigste Geburtsorte im Ausland: in der Türkei (12 Personen), in Deutschland (5 Personen), in der Schweiz (2 Personen) und fünf weiteren Ländern (jeweils eine Person).
 - Personen mit **Bezug zur Türkei: 25 Personen** (6 % der Kandidat*innen)
 - Personen mit **Bezug zu den Gebieten des früheren Jugoslawien: 8 Personen** (2 % der Kandidat*innen)

Die Landtagswahlen 2019 und 2024 im Vergleich

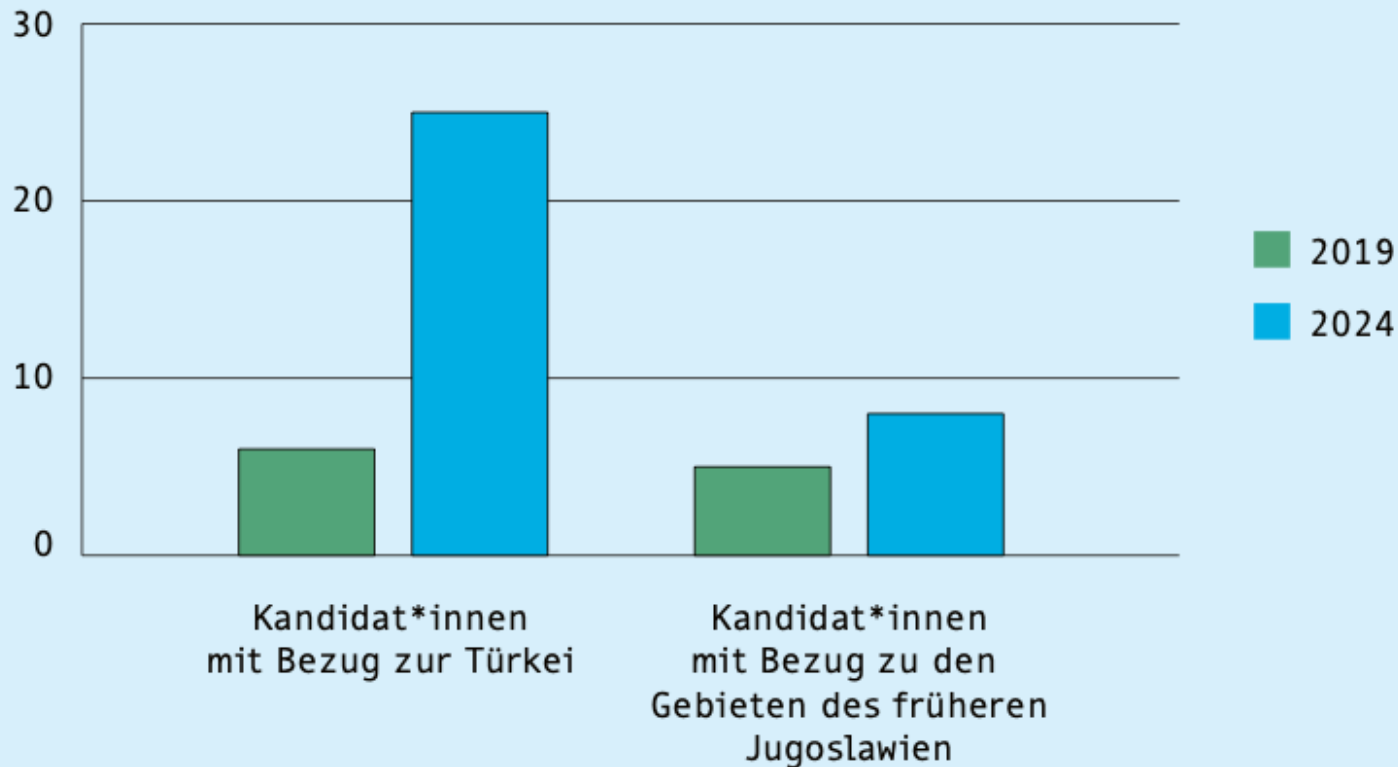
Grafik 1: Kandidat*innen der Landtagswahl 2024 nach Migrationshintergrund



Bei der Landtagswahl 2019 hatten 6 % der Kandidat*innen einen Migrationshintergrund; bei der Wahl im Jahr 2024 waren es 11 %. Ihr Anteil hat sich somit in etwa verdoppelt.

Die Landtagswahlen 2019 und 2024 im Vergleich

Grafik 2: Kandidat*innen mit Bezug zur Türkei und zu den Gebieten des früheren Jugoslawien, 2019 und 2024



Die Anzahl bzw. der Anteil der Kandidierenden mit Bezug zur **Türkei** hat sich **vervierfacht**.

Die Anzahl bzw. der Anteil der Kandidat*innen mit Bezug zu den Gebieten des **früheren Jugoslawien** ist **leicht gestiegen**.

Landtagswahl 2024: Die Kandidat*innen mit Migrationshintergrund nach Parteien

Partei / Liste	Kand. mit Migrationsh.	Anteil an allen Kand.
X (Xi – HaK – Gilt)	9 Personen	37,5 %
SPÖ	9 Personen	16,7 %
GRÜNE	6 Personen	10,3 %
ÖVP	5 Personen	7,2 %
KPÖ	4 Personen	57,1 %
FPÖ	4 Personen	5,8 %
ANDRS	3 Personen	25,0 %
WIR	2 Personen	5,0 %
NEOS	2 Personen	3,5 %

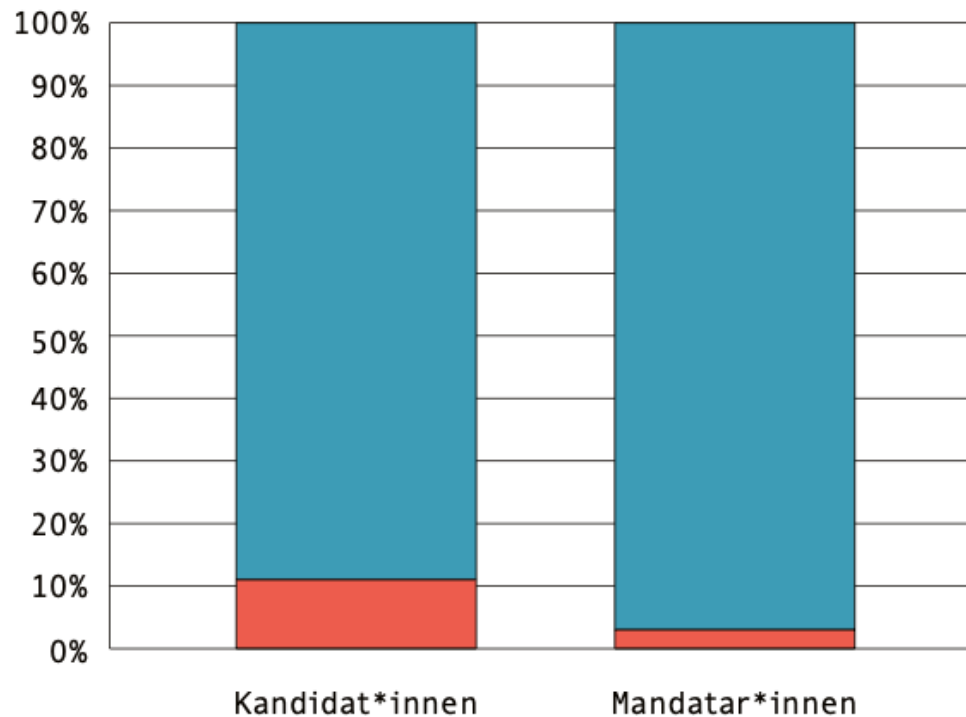
Die Landtagswahlen 2019 und 2024 im Vergleich

- **Gestiegen ist der Anteil** der Kandidat*innen mit Migrationshintergrund bei der SPÖ (von 9 % auf 17 %), der ÖVP (von 3 % auf 7 %), der FPÖ (von 4 % auf 6 %) und bei WIR (von 3 % auf 5 %).
- **Gleich geblieben ist der Anteil** der Kandidat*innen mit Migrationshintergrund bei den GRÜNEN (ca. 10,5 %).
- **Gesunken ist der Anteil** der Kandidat*innen mit Migrationshintergrund bei den NEOS (von 5 % auf 4 %).
- HaK, Xi und GILT kandidierten im Jahr 2019 als einzelne Listen: Damals mit insgesamt 3 Kandidat*innen mit Migrationshintergrund. Auf ihrer gemeinsamen Liste X standen im Jahr 2024 deutlich mehr Kandidat*innen mit Migrationshintergrund (9 Personen).

Die gestiegene Anzahl bzw. der gestiegene Anteil an Kandidat*innen mit Migrationshintergrund bei der Wahl 2024 lässt sich somit nicht auf einzelne wahlwerbende Gruppen zurückführen. Auf beinahe allen Listen waren im Jahr 2024 Personen mit Migrationshintergrund stärker vertreten als fünf Jahre zuvor.

Mandatar*innen mit Migrationshintergrund nach der Landtagswahl 2024

Grafik 4: Anteile der Kandidat*innen und Mandatar*innen mit bzw. ohne Migrationshintergrund



Nach der Landtagswahl 2019 war ebenso wie nach der Wahl 2024 jeweils eine Person mit Migrationshintergrund im Landtag vertreten. In beiden Fällen handelte es sich um eine Person mit Bezug zur Türkei (LTW 2019: GRÜNE, LTW 2024: ÖVP).

- „mit Migrationshintergrund“
- „ohne Migrationshintergrund“

In der laufenden Legislaturperiode:
Erstmals Leitung eines Ausschusses.

Empfehlungen

Zwei Stoßrichtungen – eine mit dem Blick auf zugewanderte Menschen bzw. ihre Nachkommen; eine mit dem Blick auf Parteien:

- 1) Auf Seiten der Zugewanderten bzw. ihrer Nachkommen braucht es **Interesse** an der politischen Mitarbeit und die dafür **nötigen Fertigkeiten**. Viele Programme und Projekte setzen an diesen Punkten an: durch die Vermittlung von Wissen über politische Systeme und Prozesse, Mentoring, Hospitation, Trainings in der Kommunikation/Rhetorik usw.
- 2) Auf Seiten der Parteien als Schlüsselakteure für die politische Mitarbeit: gezielte **Ansprache, Einladung, Ermutigung** zur Mitarbeit (auch mehrfach), **Öffnungsprozess innerhalb der Partei** vorantreiben (Bewusstsein schaffen, Unterstützungsstrukturen aufbauen, ...), gesellschaftliche Diversität bei der **Reihung der Kandidat*innen** berücksichtigen.

Vorstellung des Programms „Diversify“ der Deutschlandstiftung Integration

Yonca Dege

Pause bis ...

Erfahrungen bei der Förderung der politischen Repräsentation von Frauen in Vorarlberg

Gespräch mit Eva Häfele

Aktuelle Zahlen zur politischen Repräsentation von Frauen in Vorarlberg

Gemeinde- und Stadtvertretung nach der letzten Wahl	30 %	+ davor: 26,7% + in 37 Kommunen 1/3 oder mehr Frauen
Gemeindevorstand/ Stadtrat	26,4 %	
Bürgermeisterinnen	9 = 9,4 %	
Landtag (seit Ende 2025)	18 = 50 %	
Landesregierung	2 (von 7) = 28,6 %	

Bürgermeisterinnenkonferenz Österreich, Deutschland, Schweiz und Italien (26./27.3.2026, Wien)

„Der Anteil der Bürgermeisterinnen steigt langsam. Viel schneller sinkt allerdings das Bewusstsein für die Hürden für Frauen in diesem Amt. Maßnahmen wie direkte Ansprache und Unterstützung von interessierten Frauen bleiben also wichtig, vor allem im Hinblick auf die geringe Bereitschaft der Vizebürgermeisterinnen, das Amt der Gemeindechefin anzustreben.“

(K. Stainer-Hämmerle, Umfrage unter Kommunalpolitiker:innen im Auftrag des Österreichischen Gemeindebundes)